

Daniela Schwarzer

## **Gefährliches "Non"**

### **In Frankreich scheitert Ende Mai womöglich die Europäische Verfassung. Den Deutschen fehlt ein Konzept für die damit drohende politische Krise**

Die Europäische Union steuert auf eine politische Krise zu. Am 29. Mai könnte der Europäische Verfassungsvertrag im französischen Referendum scheitern. Eine neue Umfrage zeigt erschreckende Zahlen: 52 Prozent der vom Meinungsforschungsinstitut Ipsos befragten Franzosen wollen die Verfassung ablehnen.

In Berlin scheint diese Entwicklung noch nicht in allen Konsequenzen durchdacht zu sein. Lehnen die Franzosen in zehn Wochen die Verfassung ab, schlittert die EU über Nacht in eine politische Krise. Nach Frankreich könnten am 1. Juni auch die Niederländer Nein sagen. Der Verfassungsvertrag wäre tot.

Der Konvent, der die Verfassung erarbeitet hat, wäre delegitimiert. Der Versuch, die Union transparenter weiterzuentwickeln, wäre mit Pauken und Trompeten gescheitert. In Europa zöge eine neue Eiszeit ein. Die Lähmung könnte so weit gehen, dass die geplante Erweiterung um Rumänien und Bulgarien aufgeschoben wird.

In den Hauptstädten heißt es lapidar: Einen Plan B gibt es nicht. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Kann es aber doch: Auch wenn nur noch weniger als die Hälfte der Franzosen den Verfassungsvertrag unterstützt, gehen 68 Prozent der französischen Wähler davon aus, dass das Ja gewinnt. Wahlforscher wissen: Sind die Wähler zu siegessicher, gehen viele nicht zur Abstimmung. Oder sie nutzen ihre Stimme für eine Protestwahl - im französischen Fall gegen die ungeliebte Regierung Jean-Pierre Raffarin und Präsident Jacques Chirac. Das Ergebnis könnte also noch negativer ausfallen.

Paradoxerweise ist das Nein der Franzosen mehrheitlich nicht eines, das grundsätzlich gegen die Integration ist. Die meisten Verfassungsgegner wünschen sich mehr Europa.

Die Verfassung wird aber als Vertrag betrachtet, der der Union ihre endgültige Form gibt, ohne genug Handlungsspielraum in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zu bieten, stattdessen aber den "britischen Neoliberalismus" zementiert.

Viele von denen, die mehr Europa wollen, hängen der Illusion an, daß die EU als Bollwerk gegen die Globalisierung dienen kann. Dahinter steckt auch die Angst vor einer weiter wachsenden, unüberschaubaren und unlenkbaren großen EU, also die nicht verdaute Osterweiterung und die Angst vor dem Beitritt der Türkei.

Die Bundesregierung muss sich fragen, was die französische Regierung aus einem derart motivierten Nein machen wird. Die Nichtratifizierung würde Frankreich international erheblich schwächen. Paris könnte sich - etwa in wirtschafts- und industriepolitischen Angelegenheiten - weiter auf sich selbst besinnen, um dem Druck der Wähler nachzugeben. Dies kann zwischen Paris und Berlin und in der EU insgesamt für erhebliche Spannungen sorgen.

Die Bundesregierung könnte Paris in dieser Situation politisch stützen, um sichtbar zu machen, daß Frankreich weiterhin in Europa mitspielt. Denkbar wäre eine symbolträchtige Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit in einem politisch wichtigen Bereich wie der Verteidigung. Egal wie ein möglicher Schulterschuß aussieht, er darf keinesfalls das Mißtrauen der anderen Länder gegenüber dem deutsch-französischen Tandem nähren, vor allem um innerhalb der Union eine Polarisierung zwischen "altem" und "neuem" Europa zu vermeiden.

Berlin sollte nicht nur über die Konsequenzen nachdenken, die ein Scheitern des französischen Referendums hätte. Deutsche Politiker können noch dazu beitragen, die Zustimmung in Frankreich zu erhöhen. Nicht nur Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer hätten hier eine wichtige Aufgabe wahrzunehmen. Auch die früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl, deren Verdienste um die europäische Integration in Frankreich sehr wohl bekannt sind, könnten die historische Bedeutung der Verfassung im europäischen Integrationsprozeß ins Gedächtnis rufen. Denn diese Dimension können die französischen Verfassungsbefürworter bislang nicht durchsetzungsstark vertreten.

In Frankreich ist das Fernsehen die wichtigste Plattform für politische Kommunikation. Interviews zur Hauptsendezeit werden genutzt, um komplexere politische Botschaften an die Öffentlichkeit zu bringen. Hier sollte Kanzler Schröder zusammen mit Jacques Chirac Fragen zur Verfassung beantworten.

ten, die ihnen Journalisten und Jugendliche aus beiden Ländern stellen. Die Sendung könnte von einem der wichtigsten öffentlich-rechtlichen Sender in beiden Ländern parallel übertragen werden. Die Angst, in Paris mit auf der Seite der Verlierer zu stehen, darf Schröder nicht daran hindern, der französischen Regierung den Rücken zu stärken. Wichtiger als dieses Kalkül ist die Verantwortung, alle Europäer daran zu erinnern, dass die Verfassung ein historischer Schritt in einer langen Geschichte beispielloser Friedenspolitik und Völkerverständigung ist und sehr wohl eine Weiterentwicklung der EU ermöglicht.

Daniela Schwarzer ist Frankreichexpertin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

in: Financial Times Deutschland, 23.03.2005, S. 30